



Wer das Klima ruiniert, soll zahlen ? finden nicht nur die Deutschen

Wer das Klima ruiniert, soll zahlen - finden nicht nur die Deutschen
Im Grundsatz ist sich die internationale Staatengemeinschaft einig: Der menschengemachte Klimawandel muss durch Senkung der Treibhausgasemissionen begrenzt werden. Doch die Klimaverhandlungen stocken: Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer, Nord und Süd, Ost und West streiten, wer die Kosten für diese Klimaschutzmaßnahmen trägt. "Im Gegensatz zu ihren politischen Vertretern haben die Bürgerinnen und Bürger der drei Länder eindeutige Vorstellungen davon, welche Kostenverteilung sie als gerecht beurteilen", weiß Prof. Dr. Andreas Ziegler, Leiter des Fachgebiets Empirische Wirtschaftsforschung an der Universität Kassel. Zieglers Fachgebiet hat zusammen mit einer Arbeitsgruppe des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung (ISI) Karlsruhe unter Leitung von Prof. Dr. Joachim Schleich über 3.300 Menschen aus China, Deutschland und den USA zur Wahrnehmung internationaler Klimapolitik befragt. Einige Ergebnisse der Studie "Citizens perceptions of justice in international climate policy - empirical insights from China, Germany and the US" wurden jetzt veröffentlicht. Egal ob im Schwellenland China, im EU-Mitglied Deutschland oder in den USA: Werden die Bürgerinnen und Bürger nach einer gerechten Verteilung der Klimawandel-Kosten gefragt, schneidet in allen drei Ländern dieselbe Verteilungsregel am besten ab - nämlich die, nach der die Länder, die am meisten zum Klimawandel beigetragen haben, auch den größten Anteil der Kosten tragen sollten. So sind 77 Prozent der befragten Deutschen der Meinung, dieses Prinzip sollte stark oder sehr stark bei der Verteilung der Klimawandel-Kosten berücksichtigt werden, in China denken dies 69 Prozent, in den USA 62 Prozent. An zweiter Stelle folgt eine Verteilung der Kosten entsprechend der Wirtschaftskraft der Länder, womit reichere Länder einen größeren Anteil der Kosten trügen als ärmere. In Deutschland fänden dies 56 Prozent der Befragten gerecht, in China 64 Prozent, in den USA 46 Prozent. Hingegen findet das Prinzip, nach dem jedes Land seinen CO₂-Ausstoß proportional reduzieren soll, in jedem der Länder am wenigsten Anhänger (Deutschland 17 Prozent, China 42 Prozent, USA 32 Prozent). Die Regel, nach der jedem Land derselbe Pro-Kopf-Ausstoß zusteht, halten in Deutschland 45 Prozent für ein angemessenes Prinzip, in China 51 Prozent, in den USA 45 Prozent. Unterschiedlich bewerten die Deutschen, Chinesen und Amerikaner die Bilanz bisheriger Klimakonferenzen. Zwar glaubt die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in den drei Ländern daran, dass der Klimawandel noch wirksam begrenzt werden kann; doch nur in China hält die Mehrheit der Befragten (54 Prozent) bisherige internationale Klimaverhandlungen in diesem Zusammenhang für erfolgreich. In Deutschland und den USA teilen nur 8 beziehungsweise 22 Prozent der Befragten diese Meinung. Allerdings findet es ein großer Anteil der Befragten in China (74 Prozent), Deutschland (83 Prozent) und den USA (64 Prozent) wichtig, künftig wirksame internationale Klimaabkommen zu schließen, um den Klimawandel zu bekämpfen. Deutsche beurteilen Klimaverhandlungen besonders skeptisch. Nur ein Fünftel der Deutschen fühlt sich gut über internationale Klimapolitik informiert; und lediglich 11 Prozent denken, dass ihre eigene Position gut bei internationalen Klimaverhandlungen vertreten wird. In China und den USA liegt der Anteil etwas höher. Etwa zwei Drittel der Deutschen glauben, dass die Zusagen, die auf internationalen Klimaverhandlungen getroffen werden, nicht eingehalten werden und Klimaverhandlungen lediglich dazu dienen, die Bürgerinnen und Bürger zu beruhigen. In China und den USA ist der Anteil der Skeptiker nicht ganz so hoch. Die Deutschen bemessen dem Klimawandel traditionell eine vergleichsweise hohe Bedeutung bei - der mangelnde Fortschritt in der internationalen Klimapolitik in den letzten Jahren wird daher in Deutschland besonders kritisch beurteilt", erklärt Prof. Dr. Joachim Schleich vom Fraunhofer ISI dieses Ergebnis. Die Studie "Citizens perceptions of justice in international climate policy - empirical insights from China, Germany and the US" ist Teil des Projekts "Die Bedeutung freiwilliger Beiträge und von Fairnesspräferenzen für den Erfolg internationaler Klimapolitik" (VolFair), das von der Universität Kassel geleitet wird. Die Forscherteams aus Karlsruhe und Kassel arbeiten dabei mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) Mannheim, der Universität Hamburg und der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) Zürich zusammen. VolFair wird im Rahmen des Förderprogramms "Ökonomie des Klimawandels" vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanziell gefördert.
Kontakt: Prof. Dr. Joachim Schleich
Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI
Competence Center Energiepolitik und Energiemärkte
Tel.: 0721 6809-203
E-Mail: joachim.schleich@isi.fraunhofer.de
Prof. Dr. Andreas Ziegler
Universität Kassel
FB 7 - Wirtschaftswissenschaften
Fachgebiet Empirische Wirtschaftsforschung
Tel.: 0561 804-3038
E-Mail: andreas.ziegler@uni-kassel.de

Pressekontakt

Universität Kassel

34109 Kassel

joachim.schleich@isi.fraunhofer.de

Firmenkontakt

Universität Kassel

34109 Kassel

joachim.schleich@isi.fraunhofer.de

Weitere Informationen finden sich auf unserer Homepage